

Im Übrigen finde ich es schon skandalös, dass – wie ich es gerade hören konnte – Abgeordnete der Koalitionsfraktionen offenbar über bestimmte Sachen in vertraulichen Gesprächen informiert werden, ich als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses aber nicht.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Worüber denn?)

– Ja, ich weiß es ja nicht. Ich habe aber gerade gehört, dass das so ist.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das gibt es nicht!)

– Das gibt es nicht. Okay, gut. Das ist ja eine klare Aussage, wenn es denn tatsächlich so ist.

Nichtsdestotrotz hätte ich gerne die Informationen, die Sie hier angesprochen haben. Und nach wie vor ist noch alles in Bezug auf das Personalkarussell, das sich bei der WestLB im Moment dreht, ungeklärt. Herr Gerlach ist zurückgetreten. Vermutlich musste er – auch das habe ich im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt – zurücktreten, weil er schon im November des letzten Jahres Informationen hatte, die nicht an den Aufsichtsrat weitergegeben worden sind. Ich habe auch Sie gefragt, aber Sie haben gesagt, Sie seien nicht informiert gewesen. Herr Gerlach war offenbar informiert.

Es gibt Vorstandsmitglieder, die das nach wie vor bestätigen, und Herr van den Adel hat das noch einmal konkretisiert. Auch das sind natürlich Aspekte, die weiterhin der Aufklärung bedürfen. Nach wie vor ist unklar, warum der Vorstandsvorsitzende und Risikovorstand von den Adel entlassen worden sind, drei weitere Vorstandsmitglieder aber noch im Amt sind.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, Sie müssten so langsam zum Schluss kommen.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Ich komme zum Ende.

Eins – und das soll mein letzter Satz sein – ist sicherlich dankenswert: Sie haben heute sehr deutlich gemacht, dass – ich sage das mit meinen eigenen Worten – die WestLB vor allem auch Sklave der Ratingagenturen ist. Das ist ein sehr interessanter Punkt; darum geht es letztlich. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass es ein vernünftiges und zukunftsfähiges WestLB-Modell gibt. Da sehe ich im Moment allerdings noch wenig Konkretes.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. Auch dem Kollegen Sagel als frak-

tionslosem Abgeordneten steht natürlich eine etwas längere Redezeit zu, wenn die Regierung ein bisschen überzogen hat. Deswegen war ich vorweihnachtlich großzügig.

Wir sind am Ende der Redeliste. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Daher beschließen wir jetzt über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/5782 – zweiter Neudruck**. Wer stimmt dem Inhalt dieses Antrags zu? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Niemand enthält sich. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

## 5 Gefahren wegen Anscheinswaffen vermindern: Einfärben gesetzlich vorschreiben

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/5777

In Verbindung mit:

### Für ein schärferes Waffenrecht

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/5779

Die Fraktionen haben sich, wie wir schon wissen, entgegen dem Ausdruck der Tagesordnung inzwischen darauf verständigt, die **Anträge Drucksachen 14/5777 und 14/5779** heute nicht zu diskutieren, sondern sie gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b an den **Innenausschuss** zu **überweisen** und erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses die Diskussion hier im Plenum zu führen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für diese Überweisungen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 6 Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sowie zur Änderung besoldungs-, versorgungs- und dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/5198

zweite Lesung

In Verbindung mit:

**Nordrhein-Westfalen muss Beamtinnen  
und Beamte mit Familien verfassungskon-  
form besolden!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4253

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 14/5804

Ich eröffne die Aussprache und freue mich, dass der Kollege Möbius schon fast am Rednerpult steht. Bitte schön, Herr Möbius, Sie haben das Wort.

**Christian Möbius** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kommt den Landesbeamten eine lineare Steigerung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge in Höhe von 2,9 % zugute – allerdings nicht wie von den Betroffenen gewünscht zum 1. Januar 2008,

(Frank Sichau [SPD]: Und wie von Ihnen versprochen!)

sondern erst zum 1. Juli 2008. Wir wissen, dass wir den Beamten und Pensionären mit den Einmalzahlungen der letzten Jahre statt einer linearen Erhöhung ein großes Sonderopfer als Konsolidierungsbeitrag abverlangt haben.

Wir haben uns insbesondere mit der Angemessenheit der Alimentation sehr intensiv beschäftigt. Dabei galt es, die Frage der Bezügeerhöhung mit der Problematik der nach wie vor angespannten Haushaltslage abzuwägen. Als Ergebnis unserer Beratungen, in die wir auch die Betroffenen eingebunden haben, ist festzustellen, dass wir die Erhöhung der Besoldungsbezüge erst zum 1. Juli 2008 vornehmen werden. Damit verlangen wir den Beamten genau das ab, was wir selbst als Abgeordnete in der Frage der Diätenerhöhung vorleben. Auch wir erhalten eine – allerdings bescheidenere – Diätenerhöhung erst ab dem 1. Juli 2008.

(Frank Sichau [SPD]: Warum wohl?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Einstellung von 680 Millionen € in die Versor-

gungsrücklage zur Sicherung der Finanzierung der Beamtenpensionen haben wir gezeigt, dass uns die Nachhaltigkeit der Beamtenversorgung am Herzen liegt. Das sind Rücklagen, die Sie von Rotgrün in der Vergangenheit einfach ausgesetzt haben, um Ihren aus dem Ruder gelaufenen Haushalt halbwegs wieder einzufangen.

(Frank Sichau [SPD]: Vergessen Sie die Einnahmensituation nicht!)

Wir betonen an dieser Stelle ausdrücklich, dass es 2009 keine unterschiedliche Behandlung der Tarifbeschäftigten einerseits und der Beamten andererseits mehr geben wird. Darauf können sich die Beamten in Nordrhein-Westfalen verlassen.

Wenn die Opposition nun hingehet und verlangt, die Besoldungserhöhung auf den 1. Januar 2008 vorzuziehen, so ist das mehr als nur halbherzig. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben keine Änderungsanträge zum gerade verabschiedeten Haushalt 2008 gestellt, um den Erhöhungsbetrag in den Haushalt einzustellen – geschweige denn, dass sie Deckungsvorschläge zur Finanzierung unterbreitet haben. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie streuen den Menschen Sand in die Augen. Ihr Problem ist nur, dass es jeder merkt. Die Beamten wissen nur zu genau, dass die größte Sparorgie im Bereich der Beamenschaft unter rot-grüner Verantwortung geschah.

(Frank Sichau [SPD]: Weihnachtsgeld?)

Davon können Sie mit Ihren Scheinanträgen nicht ablenken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Es ist auch alles andere als redlich, wenn Frau Walsken von der SPD sich in einer Pressekonferenz zum Landeshaushalt darüber beklagt, dass die Personalausgaben, wie es heißt, erneut um 327 Millionen € steigen. Wie wollen Sie denn Besoldungserhöhungen durchführen und bezahlen, ohne das Ausgabenbudget zu erhöhen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern braucht sich Nordrhein-Westfalen keineswegs zu verstecken. Die Besoldungserhöhung liegt sogar leicht über dem Durchschnitt anderer Bundesländer. Schaut man sich zum Beispiel die Besoldungserhöhung in Rheinland-Pfalz an, wo die SPD mit absoluter Mehrheit regiert, so können sich unsere Beamten nur glücklich schätzen, in Nordrhein-Westfalen zu arbeiten. Die Regierung unter dem SPD-Vorsitzenden Beck erhöht die Bezüge nur zwischen 0,5 und 1,7 %. Das ist im Vergleich zu unseren 2,9 % regelrecht mickrig.

(Frank Sichau [SPD]: Von welchem Niveau?)

Mehr sei angesichts der Haushaltslage nicht drin, hat die Regierung Beck verkündet. Ist das etwa in Nordrhein-Westfalen anders? Ich fordere Sie auf, den Menschen in unserem Bundesland die Wahrheit zu sagen und nicht durch Scheinanträge Begehlichkeiten zu wecken, die auch Sie nicht erfüllen können. – Herzlichen Dank und frohe Weihnachten.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Möbius. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Trampe-Brinkmann.

**Thomas Trampe-Brinkmann**<sup>1)</sup> (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes am 22. August 2007 sagte der Finanzminister – ich darf ihn zitieren –: „Sie“ – also die Beamtinnen und Beamten – „haben in den letzten Jahren in erheblichem Maße Konsolidierungslasten getragen.“

Herr Minister, ich finde es gut, dass Sie mit dieser Aussage die von den Beamten geschuldete Treuepflicht lobend erwähnen. Im nächsten Satz – und ich zitiere erneut – führen Sie aus:

„Eine weitere Abkopplung von der Lohn- und Gehaltsentwicklung in unserem Land ist nicht verantwortbar und kommt deshalb für die Landesregierung auch nicht infrage.“

Sehr geehrter Herr Minister! Wenn Sie nun heute mit diesem Gesetzentwurf die Besoldungserhöhung für die Beamten zum 1. Juli 2008 beschließen wollen, so bin ich mir sicher, dass dies im Kontext Ihrer Zitate wohl ein Paradoxon ist und die Kolleginnen und Kollegen dies als schallende Ohrfeige empfinden.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie also auf die Treuepflicht der Beamtinnen und Beamten bauen, sind diese aber auch berechtigt, die Fürsorgepflicht, die Sie als Minister tragen, einzufordern, die Sie aber sträflich vernachlässigen.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der öffentlichen Anhörung des Unterausschusses „Personal“ am 26. November dieses Jahres forderten alle Sachverständigen die Landesregierung auf, die geplante Verschiebung der Besoldungsanpassung zurückzunehmen und die Beamtinnen und

Beamten des Landes auch an der Gehaltssteigerung teilnehmen zu lassen.

Es war schon eine ganz besondere Erfahrung, dass nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände sich einstimmig für die Besoldungsanpassung zum 1. Januar ausgesprochen haben. Ich brauche an dieser Stelle auch nicht zu wiederholen, wie Sie mit Ihren Wahlversprechen und mit Ihren Aussagen in der letzten Legislaturperiode bei dieser Anhörung konfrontiert wurden.

(Beifall von der SPD)

Die Beamtinnen und Beamten werden nicht vergessen, wer ihnen die Weihnachtsstimmung vermiest hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im vorgelegten Gesetzentwurf steht auf Seite 27 unter Teil A I:

„Beamte und Versorgungsempfänger haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Anpassung ihrer Bezüge entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung.“

Wie der Gutachterdienst dieses Hauses festgestellt hat, lägen die Beamtenbezüge insgesamt seit 2005 heute um 600 Millionen € höher, wenn Sie eine Besoldungserhöhung nur um die Preissteigerungsrate vorgenommen hätten. Die heutige Verschiebung der Anpassung verschlechtert das Ergebnis für die Beamtinnen und Beamte noch einmal um 200 Millionen € jährlich.

Vor dem Hintergrund, dass Nordrhein-Westfalen alleine in diesem Jahr mehrere Milliarden Steuermehreinnahmen verbuchen kann, bedeutet dies, dass Sie mit diesem Gesetz einen eklatanten Vertrauensbruch und meiner Ansicht nach auch einen eklatanten Verfassungsbruch vornehmen. Gerade deswegen kann ich und können die Beamtinnen und Beamten den Einlassungen der Koalitionsfraktionen, hier gerade wiederholt von Herrn Möbius, keinen Glauben schenken, dass 2009 die Besoldungsschere zwischen den tariflich Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und den Beamten wieder geschlossen wird.

(Christian Möbius [CDU]: Warten Sie mal ab!)

– Ja, man wird sich daran erinnern; so kurzlebig ist das nicht. Ich bin relativ sicher, dass Sie am 23. Mai 2010 für Ihre Politik auch von den Beamtinnen und Beamten das entsprechende Ergebnis erhalten werden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion fordert Sie mit unserem Antrag zusätzlich nochmals auf, Ihren restriktiven Umgang mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. Juni 2004 endlich aufzugeben und die bei den Verwaltungsgerichten anhängigen 700 Verfahren schnellstmöglich zu beenden. Bisher haben alle verbeamteten Kläger gewonnen. Es wäre damit an der Zeit, Beamtinnen und Beamte mit Familien rückwirkend verfassungskonform zu besolden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich Sie nur noch einmal auffordern: Kommen Sie Ihrer Fürsorgepflicht nach! Erhöhen Sie die Bezüge zum 01.01.2008! Und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

**Angela Freimuth<sup>\*)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten im Dienste des Landes Nordrhein-Westfalen ab dem 1. Juli 2008 um 2,9 % angehoben werden. Es handelt sich dabei um die erste lineare Besoldungserhöhung seit dem Jahr 2004; damals waren es lediglich 1 %.

In den vergangenen Tagen und Wochen haben mich und meine Fraktion – wie wahrscheinlich auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus – viele Zuschriften von Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen erreicht, in denen diese ihren Unmut über die ihrer Meinung nach zum einen zu gering ausfallende und zum anderen natürlich auch zu späte Besoldungsanpassung zum Ausdruck bringen. Nach meinem Eindruck ist die zeitliche Verschiebung dabei der Kritikpunkt, der am schwersten wiegt und der vielerorts auf massives Unverständnis stößt.

Es ist zugegebenermaßen nicht leicht nachzuvollziehen und auch nicht leicht vermittelbar zu erklären, warum Beschäftigte, die oftmals die gleiche Tätigkeit ausüben, in dem einen Fall zum 1. Januar und in einem anderen Fall erst zum 1. Juli 2008 eine Gehaltserhöhung bekommen, also warum sie unterschiedlich entlohnt werden.

Ich habe Verständnis für die vorgebrachten Positionen. Ich möchte an dieser Stelle insbesondere den Beamtinnen und Beamten meine Beweggründe schildern, warum ich die Gewichtung im Ergebnis so vorgenommen habe.

Die getroffene Entscheidung, diese Besoldungserhöhung erst zur Mitte des kommenden Jahres vorzunehmen, stellt einen Kompromiss dar. Vor einigen Monaten hätte ich sogar fast überhaupt nicht in Aussicht stellen können, dass wir tatsächlich eine lineare Anpassung hinbekommen, und hätte die Frage gestellt, ob man nicht wie in den vergangenen Jahren wieder Einmalzahlungen zur Anwendung bringen muss.

Immerhin freue ich mich darüber, dass wir diese 2,9 % Besoldungsanpassung mit dem Haushalt 2008 ermöglichen können. Aber es galt abzuwägen zwischen dem verfassungsrechtlichen Anspruch der Beamtinnen und Beamten auf eine angemessene Alimentation, der dringenden Notwendigkeit zur Konsolidierung der Landesfinanzen und – ich sage das ausdrücklich – und der Investition in die Chancen nachfolgender Generationen, nämlich in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen.

Wie wir schon bei anderen Tagesordnungspunkten, insbesondere beim Haushalt für das Jahr 2008, diskutieren konnten, genießen aus Sicht der FDP-Fraktion die Konsolidierung des Haushalts und die Investition in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen sowie die Innovationskraft unseres Landes oberste Priorität. Daher können wir zwangsläufig – das ist so, wenn man Prioritäten setzt – nicht alle wünschenswerten Anforderungen und Bitten befriedigen und erfüllen.

(Carina Gödecke [SPD]: Aha!)

Ich möchte an dieser Stelle die Beamtinnen und Beamten um ihr Verständnis bitten, dass ich diese Entscheidung so treffe, dass ich diese Entscheidung im Interesse unser aller Kinder und Enkel so treffe, auch der Kinder von Beamtinnen und Beamten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit der avisierten Besoldungserhöhung – das ist an dieser Stelle auch lobend zu erwähnen – den Anschluss an die Entwicklung der allgemeinen Lohn- und Einkommensentwicklung suchen. Uns ist klar, dass die Beamtinnen und Beamten angemessen alimentiert werden müssen. Es gibt ein Gutachten des Deutschen Richterbundes, der viele Hinweise enthält, die ich auch bei weiteren Besoldungsanpassungen gerne detailliert prüfen will.

Meine Damen und Herren, es ist nicht lauter, auf der einen Seite den Anstieg der Personalausgaben im Landeshaushalt zu beklagen, wie das in verschiedenen Äußerungen der Kollegen der Opposition gemacht worden ist, aber gleichzeitig keine Vorschläge vorzulegen, wie solche Personalausgabenanstiege seriös gehandelt werden können. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Sie in der Vergangenheit durch eine Beschränkung des Landes auf seine Kernaufgaben dafür Sorge getragen hätten, dass wir eine angemessene Zahl von Beamtinnen und Beamten gehabt hätten und die von Ihnen ausgebrachten kw-Vermerke tatsächlich realisiert worden wären.

Wir messen den Interessen der Beamtinnen und Beamten ein hohes Gewicht bei. Wir schätzen auch ihre Leistungen, die sie für das Gemeinwohl und für unser Land Nordrhein-Westfalen erbracht haben. Es tut mir leid, dass wir Sie mit dem Haushalt 2008 und diesem Gesetz noch einmal in besonderer Weise bei den verantwortungsvollen Aufgaben der Konsolidierung und der Investition in die Bildung unserer Kinder heranziehen müssen. Aber ich halte es aus den geschilderten Gründen für unumgänglich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Groth.

**Ewald Groth**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir wird jetzt schon das Ende der Redezeit signalisiert – aber nun leuchten doch noch einmal vier Minuten auf.

(Christian Möbius [CDU]: Schade!)

Ich habe die Broschüre, Frau Kollegin Freimuth; es ist im Übrigen nicht die einzige. Nicht nur den Deutschen Richterbund, auch den Deutschen Beamtenbund, ver.di oder den DGB – wen auch immer Sie fragen mögen, auch jeden einzelnen Beamten und jede einzelne Beamtin – können Sie fragen, alle werden Ihnen sagen: Ja, wir sind abgehängt worden. – Und das stimmt auch.

Das Famosere daran ist, dass Sie hier mit einer Feierlichkeit erklären, es sei alles so traurig und Sie müssten das jetzt machen – und überhaupt die Konsolidierung der Landesfinanzen. Sie haben Steuermehreinnahmen in ungeahnter Höhe, mehrere Milliarden.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Sie haben vor der Wahl versprochen, Rubrik „versprochen, gebrochen“: Wir machen alles das, was Rot-Grün da gemacht hat, rückgängig. Wählt uns! Bitte!

Herr Wüst, hören Sie es sich an. Sie selbst waren auch dabei. Sie persönlich haben es vermutlich auf vielen Wahlkampfveranstaltungen versprochen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Und die Leute haben es getan. Beamtinnen und Beamte haben Sie vermutlich auch gewählt. Das tut ihnen heute leid. Sie sind tatsächlich die Koalition der Ausnüchterung. Alle sind verkatert nach der Wahl, nachdem herauskommt, was Sie wirklich tun. Sie tun nicht das, was Sie gesagt haben. Das sind gebrochene Versprechen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

– Nein, ich kann Johannes Rau nicht nachmachen; der konnte das viel besser.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich in dieses Amt hineingezwängt. Sie haben sich mit Versprechungen wählen lassen, die Sie heute nicht einhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nicht nur, dass Sie die Versprechungen nicht eingehalten haben, nein, Sie haben die Kürzungen in den vergangenen Jahren sogar noch erhöht. Das heißt, Sie haben bei Beamtinnen und Beamten weiter gestrichen.

Sie haben das, was wir tun mussten, weil es nicht anders ging,

(Lachen von Volkmar Klein [CDU])

weil Steuereinnahmen zurückgingen, und zwar in Milliardenhöhe ...

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir mussten die Beamten zur Konsolidierung heranziehen. Das haben wir aber auf Ende 2005 begrenzt. Wegen dessen, was wir bei zurückgehenden Steuereinnahmen tun mussten, haben Sie uns beschimpft und haben gesagt: Wählt uns, denn nach dieser Wahl werden wir alles anders machen. – Das haben Sie nicht eingehalten. Sie haben bei den Beamtinnen und Beamten noch weiter gekürzt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt sagen Sie: Prima! Ab 2009 soll das alles ganz anders werden. Kann sein, meine Damen und Herren. Im Moment gibt es in diesem Land

keinen Beamten, keine Beamtin, der bzw. die das noch ernst nehmen kann. Vor dem Hintergrund, dass 2010 Neuwahlen anstehen, könnte es sein, dass Sie bis dahin bei den Beamten so viel gespart und konsolidiert haben, dass Sie dann wieder etwas drauflegen.

Ich möchte Ihnen noch Folgendes sagen: Die Preissteigerung alleine im Jahre 2006 beträgt 1,7 %, im Jahre 2007 1,9 %. Was wollen Sie da in einem halben Jahr mit den 2,9 % erreichen? Das ist ein weiterer Reallohnverlust. Warum die Beamten sich so dagegen wehren, dass um ein halbes Jahr verschoben wird, ist ganz klar: Dieses halbe Jahr ist auch auf Dauer verloren. Das ist das Problem. Die Beamten sind auf Dauer von dem abgehängt, was an Lohnentwicklung in Nordrhein-Westfalen möglich ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Sie haben jedes Vertrauen und jeden Kredit in dieser Frage verspielt. Sie nimmt im Lande keiner mehr ernst, wenn es um die Besoldung im öffentlichen Dienst geht. Sie können das nur noch verschlimmern, indem Sie hier ankündigen, dass ab 2009 irgendetwas besser werden soll. Ich jedenfalls habe kein Vertrauen mehr in die Landesregierung und auch nicht in die sie tragende Koalition. Das firmiert ernsthaft unter der Rubrik „versprochen – gebrochen“.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da gibt es noch weitere Punkte, die Sie auch zu verantworten haben. – Vielen Dank, Herr Möbius, vielen Dank, CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Linssen.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über einen Gesetzentwurf, der zwei Elemente enthält, einerseits die Anpassung der Bezüge im Jahre 2008, andererseits – darüber bin ich besonders froh – die Anhebung des Familieneinkommens für Beamtenfamilien mit drei oder mehr Kindern. Darüber ist bisher überhaupt nicht gesprochen worden.

Ich komme zuerst zur Bezügeanpassung, also 2,9 % lineare Anhebung zum 1. Juli 2008. Die meisten Redner haben es hier vorgetragen: Die Beamtinnen und Beamten haben in den letzten Jahren schmerzhaft Einschnitte hinnehmen müssen. Sie kennen alle die angespannte Situa-

on des Landeshaushalts. Es ist schon toll, wie sich hier zum Beispiel die SPD einlässt.

Heute Morgen hat die Fraktionssprecherin der SPD hier vorgetragen: Dieser Haushalt expandiert in einem Maße, wie es nicht mehr vertretbar ist, 0,83 %, nur noch konsumtive Ausgaben. Sie müssen mehr sparen.

Ein paar Seiten weiter erklären Sie, dass wir dringend mehr Geld ausgeben müssten. Wie passt das eigentlich zusammen?

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, können Sie Ihre Kollegen vielleicht einmal über das informieren, was Sie selber vortragen, wie die Linie der Fraktion ist?

(Zurufe von der SPD)

Sie können nicht beides bedienen. Sie können nicht sagen, wir sollen mehr sparen, aber andererseits in Ihren Anträgen in jedem Punkt mehr Ausgaben verlangen. Das ist so schizophren, wie es schizophrener nicht sein kann.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Löhrmann?

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Aber immer, gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Frau Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Linssen, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen die Oppositionsreden des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, von Herrn Diegel, noch gegenwärtig sind, ob Sie die einmal kurz referieren könnten.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Ich verhehle nicht, dass man in der Opposition offensichtlich bestimmte Dinge praktiziert, die manchmal nicht zusammenpassen. Aber es ist Aufgabe der Regierung, die Opposition darauf hinzuweisen, wenn sie einen solchen Mist macht.

(Beifall von der CDU)

Für wie dumm halten Sie mich eigentlich? Muss ich mir hier den ganzen Tag anhören, dass Sie einerseits sparen wollen wie die Weltmeister, mich zeihen, dass ich nicht genug sparen würde – Sie erklären, wir hätten so viele Steuermehrein-

nahmen und würden nicht genügend sparen –, und andererseits das Geld an jeder Ecke ausgegeben wollen, über die hier diskutiert wird?

Herr Groth, Sie sind der größte Meister. Sie haben gerade wieder erklärt, dass 2003 bestimmte Leute wie Sie versprochen hätten: Ja, wir machen die Kürzungen 2005 wieder rückgängig, Ende 2005 natürlich. Denn im Haushalt 2005 haben Sie es noch nicht gemacht. Herr Groth, das glaubt Ihnen doch keiner. Wenn Sie von 2003 bis 2005 noch einmal 20 Milliarden € Schulden draufpacken, dann wären Sie noch tiefer im Sumpf gewesen. Und wir müssen den Sumpf beseitigen, wir müssen den Karren aus dem Dreck ziehen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Es ist traurig, dass wir nicht anders können. Aber auch Ihnen ist nicht eingefallen, wie Sie die 200 Millionen €, die eine Bezügeanpassung schon zum 01.01.2008 mehr kostet, gegenfinanzieren wollen. Legen Sie doch einen Vorschlag auf den Tisch!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Kapitalerhöhung!)

Sie können es so machen, wie Herr Sagel. Herr Sagel sagt einfach: Erhöht die Erbschaftsteuer, dann habt ihr das ganze Geld im Sack! Das können Sie natürlich auch machen.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Eine Opposition kann alles vorschlagen. Sie wollen aber doch ein bisschen besseres Niveau halten als Herr Sagel, Herr Groth, nicht?

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch eines sagen: Ich bin dankbar, dass dieses Hohe Haus bei der Diätenfrage der Abgeordneten so verfahren ist, wie es verfahren ist.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das wäre noch schlimmer gewesen!)

Es ist für einen Tarifminister nicht leicht, mit denjenigen zu sprechen, die erst am 01.07. Besoldungserhöhungen bekommen, wenn sich Abgeordnete das bereits zum 01.01. leisten. Deshalb bin ich dem Parlament dankbar.

Die Rechnung ist relativ einfach: 1,4 % zum 01.04.2007, 1,2 % zum 01.07. des Jahres 2008. Das sind zusammen 2,6 %. Legen Sie ein paar Zinsen drauf! Dann ist es genau das, was die Beamten ab 01.07. mit 2,9 % bekommen. Deshalb hat sich dieses Parlament vorbildlich verhalten. Lassen Sie sich nichts anderes einreden. Im Mo-

ment schaut man nämlich von Nordrhein-Westfalen nach Berlin und sagt: Da haben sich die Diäten stramm erhöht. – Lassen Sie sich bitte nicht einreden, dass sich Abgeordnete dieses Landtags anders als vorbildlich in dieser Frage verhalten haben.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie noch zwei Zwischenfragen? Ich habe zunächst eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger und dann eine von Frau Kraft.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Herr Jäger, bitte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Jäger, bitte.

**Ralf Jäger<sup>3)</sup>** (SPD): Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Linssen, glauben Sie, dass es angebracht ist, dass Sie als Mitglied der Landesregierung hier eine Bewertung darüber abgeben, in welcher Frage dieses Parlament über die Diätenfrage entscheidet?

(Zahlreiche Zurufe von allen Fraktionen)

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Wenn Sie es einfach als Dankbarkeit eines Regierungsgliedes deuten wollen, wäre ich Ihnen dankbar.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Die zweite Zwischenfrage stellt Frau Kraft. Bitte schön, Frau Kraft.

**Hannelore Kraft** (SPD): Herr Minister, ist Ihnen die Diskussionslage Ihrer eigenen Fraktion bei diesen Äußerungen bewusst? Wir wissen, wie Ihre Fraktion zu diesem Datum abgestimmt hat. Das wissen wir, Herr Minister.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Es kommt bei diesem Fall nicht auf den Prozess an, sondern auf das Ergebnis, und das Ergebnis ist blendend.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Heuchler!)

Herr Groth, bitte schön.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, vielen Dank. – Herr Kollege Groth, Sie können sofort Ihre Frage stellen; der Herr Minister hat Sie schon gesehen. Bitte schön, Herr Groth.

**Ewald Groth<sup>3)</sup>** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Das kommt dem Minister zupass; das ver-

längert seine Redezeit, obwohl er als Mitglied der Landesregierung ...

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist nicht richtig, Herr Kollege Groth. Die Redezeit wird angehalten.

**Ewald Groth<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Ja, das ist richtig. Außerdem kann er immer so lange reden, wie er möchte; aber es wird deshalb nicht besser.

(Heiterkeit und Beifall von Gisela Walsken [SPD] – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Aber, Herr Minister, meine Frage ...

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Hierbei sind dem Minister hoffentlich natürliche Grenzen gesetzt, Herr Groth. Aber jetzt stellen Sie bitte Ihre Frage.

**Ewald Groth<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Ich bin zu einer Frage aufgerufen. Herr Vizepräsident, vielen Dank, dass Sie so freundlich waren, mich darauf noch einmal hinzuweisen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Minister, sind Sie denn bereit, dem Hohen Haus ...

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege Groth, wenn ich hier oben präsidiere, bin ich auch für Sie der Herr Präsident! – Ich darf Sie jetzt bitten, Ihre Frage zu stellen.

(Heiterkeit und Beifall von CDU, SPD und FDP)

**Ewald Groth<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Ich bitte vielmals um Entschuldigung, Herr Präsident!

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Frage kommt, sobald sich das Haus ein bisschen beruhigt.

Herr Minister, Sie sind so überzeugt vom Ergebnis der Diätenberatung. Sind Sie denn auch bereit, vor aller Öffentlichkeit zu sagen, dass es ein grüner Vorschlag war und dass wir, die Leute auf dieser Seite des Hauses, erst dahin zerrren mussten,

(Zustimmung von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

erst zum 1. Juli anzupassen?

(Gisela Walsken [SPD]: Tja, Herr Minister!)

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Ich möchte nicht in historische Forschungen eintreten, aber

vielleicht hat sogar der Finanzminister vor den Grünen diesen Vorschlag gemacht.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen, Herr Groth, lesen Sie die Bemerkung von Herrn Jäger nach. Er hat mir gesagt, ich möge bitte nicht bewerten.

(Ralf Jäger [SPD]: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gefragt, ob das angemessen ist!)

Sie haben vorhin auch in Richtung Regierung eine Bewertung vorgenommen. Aber ich weiß: Dem Parlament steht das natürlich eher zu als der Regierung.

(Gisela Walsken [SPD]: So ist es schon besser!)

Deshalb nehme ich es natürlich ernst, wenn Sie mir sagen, es würde dadurch nicht besser; das war Ihre Zwischenbemerkung. Herzlichen Dank dafür.

(Heiterkeit von der CDU)

Der Familienzuschlag für Beamtenfamilien mit drei und mehr Kindern ist auch erwähnenswert. Ich betone, dass wir den Familienzuschlag für das dritte und jedes weitere Kind zum 1. Januar 2007 um 50 € auf 280 € monatlich erhöhen.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1998 entschieden, dass der bisherige Familienzuschlag mit dem beamtenrechtlichen Grundsatz der angemessenen Alimentation nicht mehr vereinbar sei. Für Besoldungsgesetze war aber bis 2006 der Bundesgesetzgeber zuständig. Er hat das nicht geregelt. Deshalb machen wir es jetzt, da wir das dank der Föderalismusreform auch tun dürfen.

Meine Damen und Herren, unsere rechtsstaatlichen Grundprinzipien geben uns aber nur eine Rechtsgrundlage für Fälle, in denen keine Bestandskraft eingetreten ist; das möchte ich ausdrücklich erwähnen. Die Fälle lösen wir unbürokratisch über Prozessvergleiche.

Denjenigen, die seinerzeit nicht gegen ihre Bescheide vorgegangen sind, können wir für die Vorjahre auch keine Erhöhung zukommen lassen. Es gibt keine ausreichende gesetzliche Grundlage, um rechtswegunabhängig rückwirkend auf alte bestandskräftige Verfahren Einfluss zu nehmen, insbesondere nicht für Zeiträume, in denen uns noch nicht einmal die Gesetzgebungskompetenz zustand.



Meine Damen und Herren, mit der Erhöhung um 50 € monatlich werden wir deutlich über dem höchstrichterlich festgelegten Richtwert der Alimentation für kinderreiche Beamtenfamilien liegen. Die Landesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, mehr für die Familien und Kinder zu tun.

(Ralf Jäger [SPD]: Etwas deutlicher!)

Das ist ein weiterer Schritt.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, aber langsamer!)

Und ich möchte auch erwähnen: Wir sind bei diesem Thema Vorreiter. Wenn Sie es nicht erwähnen, muss ich es erwähnen, Herr Jäger. Als eines der ersten Länder und noch vor dem Bund schaffen wir verfassungskonforme Verhältnisse. – Herzlichen Dank für Ihre positive Begleitung dieses Gesetzes.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/5198. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer ist für diese Annahme? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist **Ziffer 1 der Beschlussempfehlung Drucksache 14/5804** mit den Mehrheitsstimmen **angenommen**. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde damit in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Ziffer 2 seiner Beschlussempfehlung, den Inhalt des Antrages der Fraktion der SPD Drucksache 14/4253 abzulehnen. Wer ist für diese Ablehnung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. – Damit ist **Ziffer 2 der Beschlussempfehlung Drucksache 14/5804 angenommen** und der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wir sind damit am Ende von Tagesordnungspunkt 6 und kommen zu:

## **7 Nordrhein-Westfalen gegen ausbeuterische Kinderarbeit**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/5572

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Asch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Asch.

(Unruhe)

Sie haben das Wort, Frau Asch.

(Anhaltende Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, für heute ist das der letzte Tagesordnungspunkt auf unserer Beratungsagenda. Ich bitte Sie, den Saal leise zu verlassen, damit die Frau Kollegin jetzt in Ruhe das Wort ergreifen und ihre Rede an die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen richten kann. Bitte schön, Frau Asch.

**Andrea Asch<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – In der Tat: Das ist der letzte Antrag und der letzte Tagesordnungspunkt, den wir in diesem Jahr beraten. Ich glaube, kurz vor Weihnachten steht es uns gut an, uns mit einem Thema zu beschäftigen, das wir alle am Heiligen Abend wahrscheinlich von der Kanzel hören. Aber wir sollten uns auch im politischen Raum damit beschäftigen.

Es gibt nämlich viele Menschen auf dieser Welt, denen es an Weihnachten, aber auch sonst nicht so gut geht. Sie haben kein Essen und Trinken in reichem Maße und können auch nicht auf gute soziale Bedingungen vertrauen. Wir wenden uns heute einem Thema zu, das insbesondere die Kinder betrifft. Denn wir wissen, dass weltweit Millionen Kinder unter sehr unerträglichen Bedingungen ihren eigenen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt ihrer Familien unter oftmals sehr schweren und menschenunwürdigen Bedingungen verdienen müssen.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Aber noch schlimmer – ich weiß nicht, wer von Ihnen am Montagabend in den „Tagesthemen“ das Feature gesehen hat –: Allein in Indien gibt es schätzungsweise 10 Millionen Kinder, die in Sklavenarbeit fern von ihren Familien von ausbeuterischen Unternehmern gezwungen werden, für den Profit von Unternehmen zu schufteln.

Meine Damen und Herren, diese Zustände in der globalisierten Welt berühren uns. Denn sie hängen unmittelbar mit unserem Konsumverhalten zusammen. Wir sind durch unseren Konsum auch an solchen Bedingungen beteiligt.